

# Die Verwarnung mit Strafvorbehalt

Ihre Entstehung, gegenwärtige rechtliche  
Gestaltung, praktische Handhabung und  
ihr Entwicklungspotential

Von

Eva-Maria Neumayer-Wagner



Duncker & Humblot · Berlin

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	15
1. Teil	
<b>Die geschichtliche Entwicklung</b>	17
A. Die „bedingte Verurteilung“	17
I. Zielsetzung	17
II. Gestaltungsmöglichkeiten der „bedingten Verurteilung“	19
1. Der bedingte Aufschub der Strafverfolgung durch die Anklagebehörde	19
2. Die bedingte Aussetzung des Hauptverfahrens durch den Richter	19
3. Der bedingte Aufschub des Schuldspruchs im Hauptverfahren	20
4. Der bedingte Aufschub der Straffestsetzung („probation“)	20
5. Die Verwarnung mit Strafvorbehalt	20
6. Die Verurteilung unter auflösender Bedingung („sursis“)	21
7. Die Strafaussetzung zur Bewährung	21
8. Die Zurückstellung der Strafvollstreckung	22
9. Die bedingte Begnadigung	22
10. Der bedingte Erlass eines Strafrestes	22
III. Die geschichtliche Entwicklung der „bedingten Verurteilung“ im Ausland	22
1. Hauptentwicklungslinien	22
2. „probation“	23
3. „sursis“	24
4. Vorzüge der „probation“	25
5. Schwachstellen der „probation“	25
6. Vorzüge des „sursis“	26
7. Schwachstellen des „sursis“	26
IV. Die geschichtliche Entwicklung der „bedingten Verurteilung“ in Deutschland	27

B. Die Verwarnung mit Strafvorbehalt	31
I. Begriff	31
II. Die geschichtliche Entwicklung der Verwarnung mit Strafvorbehalt in Deutschland	33
1. Die Zeit des Nationalsozialismus	33
a) Die Strafrechtsreformbestrebungen	33
b) Zielsetzung	33
c) Verworfenne Gestaltungsmöglichkeiten	35
d) Die Verwarnung mit Strafvorbehalt als Variante der „probation“	35
e) Einwände gegen die Verwarnung mit Strafvorbehalt	36
f) Entwurfsfassung der Verwarnung mit Strafvorbehalt im E 1936	37
2. Die geschichtliche Entwicklung der Verwarnung mit Strafvorbehalt nach 1945	38
3. Die Große Strafrechtskommission	40
a) Diskussionsschwerpunkte	40
b) Die Vorteile der Verwarnung mit Strafvorbehalt nach Auffassung der Großen Strafrechtskommission	45
c) Die Nachteile der Verwarnung mit Strafvorbehalt nach Auffassung der Großen Strafrechtskommission	45
d) Ergebnis der Diskussionen in der Großen Strafrechtskommission	47
4. Der Alternativentwurf (AE)	47
a) Zielsetzung	47
b) Ausgestaltung	48
c) Resümee	49
5. Der Sonderausschuß Strafrecht des Vierten Deutschen Bundestags	49
a) Diskussionsschwerpunkte	49
b) Anwendungsbereich	51
6. Der Sonderausschuß Strafrecht des Fünften Deutschen Bundestags	51
a) Arbeitsgrundlage	51
b) Argumente für die Einführung der Verwarnung mit Strafvorbehalt im Sonderausschuß Strafrecht	52
c) Argumente gegen die Einführung der Verwarnung mit Strafvorbehalt im Sonderausschuß Strafrecht	52
7. Die §§ 59–59c des 2. StrRG auf der Basis der §§ 80a–80d des Sonderausschußentwurfs	53

a) Ausgestaltung . . . . .	53
b) Fazit . . . . .	61
8. Das Dreiundzwanzigste Strafrechtsänderungsgesetz (23. StrÄndG) . . .	62
a) Entstehung . . . . .	62
b) Ausgestaltung . . . . .	64
9. Weiterentwicklung seit 1986 . . . . .	65
a) Bundestagsanfrage zum Sanktionensystem . . . . .	65
b) Bericht der Bundesregierung zum strafrechtlichen Sanktionensystem . . . . .	65
c) Große Anfrage zur Weiterentwicklung des strafrechtlichen Sanktionensystems . . . . .	65
d) Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage . . . . .	66
e) „SPD“-Entwurf eines Gesetzes zur Reform des strafrechtlichen Sanktionensystems . . . . .	67
f) Gesetzentwurf der CDU/CSU- und FDP-Fraktionen . . . . .	69
g) Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses . . . . .	71
h) Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses . . . . .	72
i) Gegenwärtige Fassung der §§ 59 ff. . . . .	72

2. Teil

**Die praktische Handhabung der Verwarnung mit Strafvorbehalt** 73

A. Statistischer Überblick zur Anwendungshäufigkeit des § 59 und des § 153a StPO in der gerichtlichen Praxis . . . . .	73
I. Gegenstand der Auswertung . . . . .	73
II. Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	74
III. Entwicklung in Baden-Württemberg . . . . .	76
IV. Kurzauswertung der Statistik . . . . .	77
B. Reaktionen des Schrifttums auf die Sanktionsform . . . . .	79
I. Überblick . . . . .	79
II. Einwände . . . . .	79
1. Gesetzliche Ausgestaltung der §§ 59 ff. . . . .	79
2. Verstoß gegen das Schuldprinzip . . . . .	83
3. Widerspruch zum Ordnungswidrigkeitenrecht . . . . .	84

- 4. Die Konkurrenz prozessualer Rechtsinstitute . . . . . 86
  - a) Spannungsverhältnis zu den §§ 153 f. StPO . . . . . 86
  - b) Vorzüge des § 153a StPO . . . . . 86
  - c) Nachteile des § 153a StPO . . . . . 87
  - d) Vorteile der Verwarnung mit Strafvorbehalt gegenüber § 153a StPO . . . . . 88
- 5. Verlust der generalpräventiven Wirkung . . . . . 89
- III. Befürworter des Rechtsinstituts im Schrifttum . . . . . 90
- C. Reaktionen der Rechtsprechung auf die §§ 59 ff. . . . . 92
- D. Bevorzugte Anwendungsfelder für die §§ 59 ff. . . . . 93
  - I. Fälle des Zustimmungsmangels eines Verfahrensbeteiligten gemäß § 153a StPO . . . . . 93
  - II. Fälle mit Verständnis für Täter und Tat bei den Justizorganen . . . . . 95
    - 1. Begriff . . . . . 95
    - 2. Minimaler Unrechtsgehalt der Tat . . . . . 95
    - 3. Erhebliche Folgewirkungen der Tat für das Opfer . . . . . 96
    - 4. Verständliche Motivationslage oder Tatsituation . . . . . 96
    - 5. Mitverantwortung Dritter . . . . . 96
    - 6. Unverhältnismäßige außerstrafrechtliche Tatauswirkungen beim Täter . . . . . 97
- III. Taten von Tätern mit Therapieerfordernis . . . . . 97
- IV. Aufrechterhaltung des sozialetischen Unwerturteils . . . . . 99
  - 1. Begriff . . . . . 99
  - 2. Überzeugungstäter . . . . . 99
- V. Personenbezogene Taten . . . . . 101
- VI. Fälle mit negativen Auswirkungen der Geldstrafe . . . . . 102
- VII. Verkehrsdelinquenz . . . . . 102
  - 1. Kritische Stimmen . . . . . 103
  - 2. Ausweitungsansatz des OLG Zweibrücken . . . . . 104
- VIII. Überlange rechtsstaatswidrige Verfahrensdauer . . . . . 108

IX. Verstöße gegen die Abgabenordnung (AO) .....	109
1. Anwendungsbereich .....	109
2. Der „Stuttgarter Parteispendenprozeß“ .....	110
3. Der Fall „Sport Billy“ .....	112
4. Stellungnahme .....	112
X. Weitere medienwirksame Sachverhalte .....	113
1. Der „Hamburger Kessel“ .....	113
2. Der Fall „M.“ .....	115
3. Der „Bugwellen-Prozeß“ .....	125
4. Die „Toto-Lotto-Affäre“ .....	130
5. Der „Stasi-RAF-Prozeß“ .....	130
XI. Allgemeines zu den Fallgruppen .....	131

3. Teil

**Zukunftsperspektiven im unteren Sanktionenbereich** 133

A. Allgemeiner Überblick .....	133
B. Ausbau des § 153a StPO .....	134
C. Ausbau des materiellrechtlichen Sanktionensystems .....	134
I. Fragestellung .....	134
II. Alternativen zur Verwarnung mit Strafvorbehalt .....	135
1. Geldstrafe zur Bewährung .....	135
a) Bedürfnis nach einer Geldstrafe zur Bewährung .....	135
b) Die Formen der Geldstrafe zur Bewährung .....	136
c) Die Ausgestaltung einer vollbedingten Geldstrafe zur Bewährung ..	136
d) Vergleich des § 40a SPD-Entwurf mit den §§ 59 ff. ....	137
e) Auslandserfahrungen .....	139
f) Argumente zugunsten einer Geldstrafe zur Bewährung .....	140
g) Entwicklungsgeschichte .....	141
h) Argumente gegen die Geldstrafe zur Bewährung .....	142
i) Abwandlung von § 40a SPD-Entwurf .....	145
j) Ergebnis .....	147

2. Teilbedingte Geldstrafe . . . . .	148
a) Argumente für die teilbedingte Geldstrafe . . . . .	148
b) Teilbarkeit der Geldstrafe . . . . .	149
c) Probleme in der praktischen Anwendung . . . . .	150
d) Ergebnis . . . . .	150
3. Die vollbedingte Geldstrafe zur Bewährung neben der Verwarnung mit Strafvorbehalt . . . . .	151
a) Bedarf nach einer zusätzlichen Sanktion . . . . .	151
b) Abgrenzbarkeit . . . . .	151
c) Ergebnis . . . . .	154
4. Strafrestausschließung bei der Geldstrafe . . . . .	154
5. Die allgemeine Bewährungsstrafe . . . . .	155
a) Begriff . . . . .	155
b) Vorzüge der allgemeinen Bewährungsstrafe . . . . .	155
c) Eignung als Ersatzsanktion . . . . .	156
d) „back-up sanction“ . . . . .	156
6. Die Freizeitstrafe . . . . .	158
7. Gemeinnützige Arbeit . . . . .	158
a) Gegenwärtige Rechtslage und Zweck . . . . .	158
b) Verfassungsrechtliche Zulässigkeit . . . . .	160
c) Einordnung der gemeinnützigen Arbeit in das Sanktionensystem . .	160
d) Ergebnis . . . . .	162
8. Das Fahrverbot als Hauptstrafe . . . . .	163
a) Ausgangslage . . . . .	163
b) Zweck der Ausgestaltung als Hauptstrafe . . . . .	164
c) Problematik . . . . .	164
d) Fahrverbot und Verwarnung mit Strafvorbehalt . . . . .	165
e) Ergebnis . . . . .	166
9. Die Verwarnung als selbständige Sanktion . . . . .	167
a) Begriff . . . . .	167
b) Kritik . . . . .	167
c) Ergebnis . . . . .	168
10. Die öffentliche Mißbilligung als eigenständige Sanktion . . . . .	168
a) Begriff . . . . .	168
b) Stellungnahme . . . . .	169

11. Die Bürgschaft als neue Sanktion .....	170
a) Begriff .....	170
b) Stellungnahme .....	171
12. Die Wiedergutmachung .....	171
a) Historische Entwicklung .....	171
b) Praktische Anwendung .....	173
c) Wiedergutmachung im materiellen Strafrecht .....	174
d) Wiedergutmachung statt Strafe .....	174
e) Die Wiedergutmachung im Spannungsfeld zwischen Strafrecht und Zivilrecht .....	175
f) Wiedergutmachung als Strafe .....	176
g) Wiedergutmachung als Strafzweck .....	177
h) Wiedergutmachung als „dritte Spur“ im Sinne des Alternativent- wurfs Wiedergutmachung (AE-WGM) .....	179
i) Wiedergutmachung als eigenständige Sanktion .....	180
aa) Ausgangspunkt .....	180
bb) Vereinbarkeit mit Strafzwecken .....	181
cc) Ergebnis .....	184

4. Teil

**Das Entwicklungspotential der Verwarnung mit Strafvorbehalt** 186

A. Der Status quo .....	186
B. Auslandsvergleich .....	188
C. Verhältnis zur Geldstrafe .....	189
D. Änderungsansätze .....	189
I. Die Verwarnung mit Strafvorbehalt nach dem Verbrechensbekämpfungs- gesetz .....	189
II. Der Anwendungsbereich des § 59 .....	190
III. § 59 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 .....	192
IV. § 59 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 .....	192



V. § 59 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 .....	194
VI. Die „Kann“-Bestimmung des § 59 Abs. 1 S. 1 .....	196
VII. Die Ausschlußklausel des § 59 Abs. 2 .....	196
VIII. Die Verwarnung mit Strafvorbehalt und das Fahrverbot als Nebenstrafe .....	197
IX. Die Verwarnung mit Strafvorbehalt und die Maßregeln der Besserung und Sicherung .....	200
X. Die Verwarnung mit Strafvorbehalt und Verfall, Einziehung und Unbrauchbarmachung .....	201
XI. § 59a Abs. 1 S. 1, 2 .....	201
XII. § 59a Abs. 2 .....	202
1. Entwicklungstendenz seit dem Verbrechensbekämpfungsgesetz .....	202
2. Zulässigkeit begleitender Maßnahmen .....	202
3. Auflagen .....	202
a) Schadenswiedergutmachung .....	202
b) Zahlungsaufgaben .....	204
c) Auflage, gemeinnützige Arbeit zu erbringen .....	205
4. Weisungen .....	206
a) Begriff und Bedeutung bei der Verwarnung mit Strafvorbehalt .....	206
b) Die gegenwärtigen Weisungen .....	207
c) Erweiterung des Weisungskatalogs .....	209
5. § 59a Abs. 2 S. 2 .....	211
XIII. §§ 59b, 59c; Registerrecht .....	211
E. Schlußwort .....	211
F. Für die Zukunft vorzuschlagende Gesetzesfassung .....	213
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	214
<b>Anhang: Gesetzestexte</b> .....	227